

# Deutsche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3600-3699, Telephon Nr. 4-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 60, Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: non-Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: non-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. - Nr 570 - B 282

MITTWOCH, 3. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

## DiETRICH'S Werk

Die Beamten des Reichsfinanzministeriums haben in den letzten Wochen mit der Aufbietung der letzten Kraft gearbeitet, um neben der frühzeitigen Fertigstellung des Glais die Riefenarbeit der Sanierungsangelegenheiten zu beenden. Wenn die Antifuge des „Systems“ einen Wirt in die Werkstätten tun könnten, in denen um eine bessere Zukunft unter immer neuen Rückschlüssen gerungen wird, sie würden mindestens den guten Willen anerkennen müssen, der vom Minister bis zum letzten Hilfsarbeiter alle Beteiligten befehlte. Vom Minister, der sich eine Stärkung um 20 v. H. seines Einkommens auferlegt, bis zu den übrigen Beamten, die in der Arbeit der Gehaltsfestlegung eine „Wage“ in den wirtschaftlich bedrohten Schichten der Bevölkerung herbeizuführen bereit sind. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die gegenseitige Verhehlung und Verleugung aufhören würde, bei der oft mehr Unkenntnis als Böswilligkeit mitspielt.

Man muß bedenken, was es heißt, in Notzeiten, die durch die ganze Welt gehen, die besonderen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches zu meistern, die vermehrt werden durch äußeren Druck und eine Verwirrung, die, über die natürlichen Ursachen hinaus, durch eine systematische Opposition völlig negativer Art gesteigert wird. Es galt nicht nur, das Notwendige in Gesetzesform zu kleiden, sondern auch auf den Weg Rücksicht zu nehmen, auf den die äußere Erlebung der Maßnahmen erreichbar schien. Was jetzt als Notverordnung verurteilt wurde, hat vorher die Zustimmung des Reichsrats erhalten, in dem die Länder je nach der parteipolitischen Konstellation und nach den sachlichen Bedürfnissen ihrer Veranlassung ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Wenn man sich erinnert, was in den letzten 12 Jahren an Schwierigkeiten aus dem Völkervertragsalismus, dem Völkervertragsalismus, dem Völkervertragsalismus entstanden sind, muß man anerkennen, daß in der letzten, sachlichen Erlebung durch eine so komplizierte Vorkriegsperiode ein außerordentlicher Fortschritt liegt. Das Ansehen des Reichsrats ist wesentlich erhöht und der Zwang zur Unterliegens gemindert. Für das Ministerium, und insbesondere für Dr. Dietrich, ist seine nächste Hilfe bedeutet das Ergebnis dieser Beratungen durch die besten Gehörbaren der Länder eine wertvolle Stütze und eine außerordentliche Genugtuung. Auch die Öffentlichkeit hat Grund, diesen Demern des Staates, die sich im Dienst aufwenden, Anerkennung zu zollen, gleichviel wie man politisch und wirtschaftlich das Ergebnis dieser Bemühungen bewertet.

Dem Reichstag, der heute zusammentritt, bleibt nur die Aufgabe der Ratifikation notwendiger Beschlüsse. Man darf es dem Kanzler und seinen Beratern glauben, daß sie diesen Weg nur beschreiten haben, weil sie ihn als das geringere Übel ansehen, gegenüber der Aussicht auf ein solches und freudliches Beendigen, von dem einem jeden Zweifel des Reichsrats nur zu Gebotswegenen beseitigt werden wären, während andere Gruppen, gezwungen durch ihre Bindung an Sonderinteressen, nicht die Kraft aufgebracht hätten zu dem mutigen Entschluß, das Ganze zu beenden bei aller Verantwortung der Einzelheiten.

Der Reichstagler hat lange geögert, ob nicht trotzdem der Versuch gemacht werden sollte, das Sanierungsamt erst dem Reichstag zur Entschcheidung vorzuliegen. Seine weisliche Art, die immer mit einem Wagnis, aber nicht ohne ein solches an Entschließen festhält, weckt und verdient das Vertrauen, das der außerordentliche Weg, der bekräftigt worden ist, nicht dazu dienen soll und wird, die demokratischen Grundrechte zu erschüttern. Die Regierung handelt in der Not der Stunde so, wie sie glaubt, daß die Mehrheit des Reichstages und die Mehrheit des Volkes handeln würde, wenn sie ohne Sonderinteressen und in voller Kenntnis der Tatsachen zu entscheiden hätte.

Sobald die demokratischen Parteien, die seit Jahren jede Regierungsmaßnahme und jede Vorkriegsmaßnahme zu durchkreuzen suchten, sich nicht scheuen werden, die Säule der Demokratie zu entrollen, um in ihrem Namen, den sie oft genug geschmähelt haben, die Verbesserungswert vorwärts zu treiben, muß die Regierung und nicht jeder, der ihr ein solches Wagnis kennt, das Wagnis von allem was geschieht und geschehen muß, zu fordern und zu verstehen. Die Diktaturgewinner von links und von rechts, bereit morgen einander die Schädel einzuschlagen, bilden einen gemeinsamen Gegner, der die Ansehlichkeit von allem was geschieht und geschehen muß, zu fordern und zu verstehen. Die Diktaturgewinner von links und von rechts, bereit morgen einander die Schädel einzuschlagen, bilden einen gemeinsamen Gegner, der die Ansehlichkeit von allem was geschieht und geschehen muß, zu fordern und zu verstehen. Die Diktaturgewinner von links und von rechts, bereit morgen einander die Schädel einzuschlagen, bilden einen gemeinsamen Gegner, der die Ansehlichkeit von allem was geschieht und geschehen muß, zu fordern und zu verstehen.

## Vor dem Reichstag

### Ansammlungen von Neugierigen — Die Schutzpolizei beugt vor

Ein blauer Kordon ist um das Reichstagsgebäude gezogen. Schon in der zweiten Nachmittagsstunde dröhnen die Markstrich gelochten Abteilungen der Schutzpolizei auf dem Pflaster. Die Abfertigungsmaßnahmen sind heute umfangreicher als bei der Eröffnungssitzung des Reichstags am 18. Oktober. Damals wurde die Schutzpolizei mehr in Bereitschaft gehalten. Heute tritt sie weit zahlreicher in allen Zugangsstraßen zum Reichstagsgebäude in Erscheinung.

Auch die Polizei hat aus den Vorlesungen am 18. Oktober gelernt. Wenn der nationalsozialistische „Anwalt“ Herrschlich honor „mann“, daß Esprit und Prospektur Ausstellungen veranstalten könnten, die die nationalsozialistische Partei nicht wolle, dann weiß man, daß das eher anregend als abwehrend wirkt.

Zwischen dem Brandenburger Tor und dem Volkshaus haben

sich schon sehr lange vor dem auf 3 Uhr festgesetzten Sitzungsbeginn hunderte angeammelt, von denen man nicht mit Gewißheit sagen kann, daß sie bloß Neugierige, harmlose „Reisige“ sind.

Die Polizei beginnt gegen 2 Uhr die Ansammlungen unmittelbar vor dem Reichstagsgebäude aufzulösen und abzuräumen. Gleichzeitig ist größte Sorge getroffen, daß nicht geschlossene Gruppen wieder in die Gehsteigstraßen der City gelangen und dort bösen Unfug anrichten können.

Zu sehen gibt es übrigens vor dem Reichstagsgebäude nichts, denn die weitaus größte Zahl der Abgeordneten ist bereits seit Vormittag im Saal und in den Fraktionszimmern versammelt, um die letzten Wärdchen für die politische Aussprache zu treffen.

Es besteht vor Sitzungsbeginn die Mühsal, daß lediglich der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich spricht und die Debatte erst am Donnerstag anfangen soll; aber darüber wird die Entscheidung der Reichstags selbst zu treffen haben.

## S-A auf freier Tat ertappt

### Nationalsozialistisches Feldlager bei Breslau ausgehoben

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BR ES LAU, 3. DEZEMBER

Der Breslauer Volkstische Polizei ist es in Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei gelungen, nationalsozialistische Sturmabteilungen „auf freier Tat“, nämlich bei flagranten Verberetungsaktionen zu militärischen Aktionen, zu ertappen. Im Schloß des Herrn von Doffen in Jäghowik, bei Graf Reudlich, im Landkreis Breslau, wurden nationalsozialistische Sturmabteilungen, während sie sich sammelten, überführt, die Waffen beschlagnahmt und die S-A-Zente, die sich zum Teil auf dem Gut außerhalb des Schlosses verborgen hielten, verhaftet. Die Aktion ist noch nicht abgeschlossen, insofern sind bisher etwa zweihundert Mann verhaftet, und es werden noch weitere eingeliefert. Auch der Rittergutsbesitzer von Doffen selbst, der während der Nacht nicht im Schloß war, ist heute vormittag verhaftet worden. Ein genaues Bild über Art und Zweck der

Zusammenkünfte wird nach Abschluß der Berechnungen sich geben lassen.

Der Polizei war die Nachricht zugekommen, daß die Nationalsozialisten im Herrschaftsgebäude und der Wäpde des Ritterguts ein reguläres Feldlager unterhielten. In der Frühe gegen drei Uhr umstellten Mannschaften der Breslauer Schutzpolizei das Schloß. Als die Polizei bemerkt wurde, verließen einige Nationalsozialisten aus dem Schloß zu entkommen, wurden aber durch Schreckschüsse zurückgedrängt. Die Zahl der Nationalsozialisten war weit größer, als man zunächst annahm. Es wurden deshalb Polizeierleudigungen aus Breslau herangezogen; dann schritt man zur Eilrettung. Die Aushebung der Wäpdeninger im Schloß und in der Wäpde konnte erst am Morgen vorgenommen werden, weil die Umgebung der Lager durch zahlreiche Beschäftigte gesichert war.

Die S-A-Zente waren sämtlich uniformiert und fetterartigmäßig ausgerüstet, zum Teil als Sanitäter. Bei fast allen wurden sofort getragene Karabiner, Pistolen und Revolver, sowie Handgranaten und Stief- und Stiefwaren gefunden.

## Der 15. Mann der Staatspartei

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei im Reichstag, die durch den Austritt der Jungdeutschen unter Fraktionsführer glücken war, hat jetzt wieder Fraktionsstärke erlangt. Der Abgeordnete Willbrandt, der auf der Liste der Deutschen Staatspartei gewählt worden ist, hat sich als Kandidat der Deutschen Staatspartei angeschlossen, obwohl er noch wie vor in der Deutschen Staatspartei bleibt. Der Vorkreisrat hat bereits beschlossen, die Umbesetzung der Auswahlliste vorzunehmen, die durch die Veranschlagung der Deutschen Staatspartei notwendig wird. Die Verteilung der Sitze soll in der nächsten Sitzung des Vorkreisrats erfolgen.

Das neue Reichstagsabhandlung von Rückfänger, das eben erschienen ist, schließt zufällig mit der Biographie des neuen Spitzenmann der Staatspartei August Willbrandt. Es lautet wörtlich: „Bauer in Hennesdorf, Volt Hennesdorf (R. Grottau), Eisenbahnstation Friedewalde. Geboren 17. 12. 1888 in Hennesdorf, katholisch, Volksschule und Gymnasium, Schulverwalter, C. R. I und II, Oberleutnant der Reserve a. D. Seit 1919 Besitzer eines Bauernwirtschafts, Hauptamtlicher 1924 Provinziallandtagsabgeordneter. Bisheriger Vorsitzender des Geschäftlichen Bauernbundes, Breslau. Vorstandsmitglied der deutschen Bauernschaft Berlin, W. d. B. seit 1928.“

Der Beginn macht der persönliche Ministerpräsident Otto Braun, der im ersten Wahlkreis in Oldenburg auf 116 1/2 gewählt worden ist. Eine flüchtige Durchsicht des biographischen

Materials, das bei den Kommunisten wie immer besonders dürftig ist, gibt manche bemerkenswerte Einzelheiten.

Das gilt insbesondere von den Nationalsozialisten, die von der Sturzwelle plötzlich nur die Augen der großen Öffentlichkeit bekommen sind. In ihren Angaben legen sie hohen Ehrenwert auf ihre Kriegsthat. Einzig für eine ganze Generation ist die Mitteilung, die der Räter Nationalsozialist Abgeordnete Richard Schaller macht. Es heißt dar: „Beschäftigt die Volksschule, trat in das väterliche Geschäft als Lehrling ein, infolge finanzieller Schwierigkeiten wird das Geschäft vor Abschluß der Lehrtzeit geschlossen. Danach Bauarbeiter.“ Der Diplomatendirektor Heinrich Kimmeler, der in Oberbayern-Schwaben gewohnt ist, teilt mit, daß er Reichstagsler der Schutzpolizei der Nationalsozialisten ist, nachdem er es im Krieg zum Hauptleutnant gebracht hatte.

## Von Mittwoch bis Sonnabend

Der Vorkreisrat des Reichstages legte am Mittwoch den Erbetrasen des Reichstages für die nächsten Tage fest. Man kann überhört, mit der heute beginnenden ersten Sitzung des Bauernbundes 1931 die alte und auch die neue Verordnungsform sowie die eingehenden Mißtrauensanträge zu verbinden. Mit diesem Freitagprogramm wird man möglichst bis Sonnabend fertig werden.

Die nächste Wäpde soll dann dazu verwendet werden, um innerpolitische und andere Angelegenheiten zu beraten. Dazu gehören auch die Anträge wegen der Hochwasser- und Bergwerkskatastrophen.